

Interviewmöglichkeit: Brasilien – 3. Jahrestag des Desasters von Mariana

Am 5.11. jährt sich das Desaster von Mariana. Am jenem Donnerstag im Jahr 2015 brach der Damm des Rückhaltebeckens der Eisenerzmine der Firma Samarco nahe der Kleinstadt Mariana im Bundesstaat Minas Gerais im Südosten Brasiliens. Millionen von Kubikkilometern gefährlichen Bergwerksschlamms machten sich auf den 680 km langen Weg bis zum Meer. Auf diesem Weg begrub ein Tsunami aus Schlamm Menschen, Häuser, Kirchen und ganze Dörfer unter sich. Der Schlamm tötete 19 Menschen. Er verseuchte das Wasser und den Boden für unabsehbare Zukunft. Das Desaster von Mariana gilt als die „größte Umweltkatastrophe in der Geschichte Brasiliens“.

Betroffene des Bergwerk-Desasters kämpfen seit fast drei Jahren für eine Entschädigung. Projektpartner/innen der Dreikönigsaktion Letícia Soares Peixoto Aleixo und Douglas Krenak berichten in Wien über die Auswirkungen der Katastrophe und den Kampf um Wiedergutmachung.

Am Donnerstag, 8.11.2018 (14-17 Uhr) und Freitag, 9.11. (9-11 Uhr) stehen Letícia Soares Peixoto Aleixo und Douglas Krenak nach Terminvereinbarung für Interviews zur Verfügung. Die beiden Projektpartner/innen der Dreikönigsaktion sprechen portugiesisch – für Übersetzung ist gesorgt.

Das indigene Volk der Krenak ist von dieser Umweltkatastrophe stark betroffen. Die Universität von Minas Gerais führte 2016 eine umfassende Studie zu den Auswirkungen des Bergbau-Desasters auf das Volk der Krenak durch. Drei Jahre nach dem Dambruch sind auch zig juristische Verfahren gegen das brasilianische Unternehmen Samarco Mineração S.A. und die sie kontrollierenden Aktionärsfirmen, die australisch-britische

BHP Billiton Brasil Ltda. und die brasilianische Vale S.A., eingereicht worden.

Auch österreichische Aktienbeteiligungen und Anleihen an den Aktionärsfirmen konnten in Höhe von insgesamt 63 Millionen Euro im Zeitraum von 2010-2018 nachgewiesen werden. Die juristischen Mühlen mahlen langsam und die Betroffenen bleiben auf der Strecke.

Zurzeit ist das Ziel die Einbringung einer Beschwerde bei der interamerikanischen Kommission für Menschenrechte. Diese ist ein unabhängiges Organ der Organisation Amerikanischer Staaten mit Sitz in Washington. Die Beschwerde bei der interamerikanischen Kommission für Menschenrechte könnte zu deutlichen Empfehlungen der Kommission an den brasilianischen Staat führen. Das interamerikanische Menschenrechtssystem hat große Bedeutung, weil seine Entscheidungen formal rechtlich bindend sind. Die Beschwerde soll zum 3. Jahrestag des Desasters am 5.11.2018 eingebracht werden.

Douglas Krenak ist Journalist und gehört zum indigenen Volk der Krenak. Schon sein Vater hat sich mit großem Einsatz für mehr Respekt und Anerkennung sowie gleiche Rechte für die Krenak eingesetzt. Als Journalist (er hat auf der UNIVALE studiert) führt er nun den Kampf seines Vaters weiter. Als Vorsitzender des Rates der Indigenen Völker von Minas Gerais-COPING vertrat er die Anliegen der Indigenen Völker des gesamten Bundesstaates, hat an einer Studie zum Thema Ernährungssicherheit (2009) aktiv mitgearbeitet, hält Vorträge, Seminare um die Kultur seines Volkes bekannt zu machen und Vorurteile abzubauen.

Letícia Soares Peixoto Aleixo ist Uniprofessorin und Anwältin mit Schwerpunkt auf internationalem Recht und Menschenrechte. Sie ist Gründungsmitglied des Projektes „Clinica de Direitos Humanos“ (wörtl. Menschenrechtsklinik) der staatlichen Universität. In diesem Kontext begleitet sie auch die Krenak Indigenen. Sie ist Gutachterin für die Ombudsstelle des

Bundesstaates Minas Gerais in Mariana und die lokale Caritas, die vom Dambruch betroffene Familien dabei unterstützt zu ihrem Recht zu kommen.

Rückfragen:

Dreikönigsaktion – Hilfswerk der Katholischen Jungschar;

Christian Herret: christian.herret@dka.at

Mobiltel. 0676/88 011 – 1071; Tel: 01/481 09 91-41,

Wilhelminenstraße 91/2 f, 1160 Wien,

www.dka.at

Interviewmöglichkeit:

„Steuer- und Entwicklungspolitik im Widerspruch? Was die Unternehmensbesteuerung in Österreich mit Entwicklung zu tun hat“

Am Dienstag, den 9.10.2018, stellt die Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe im Rahmen einer Podiumsdiskussion ihre neue Broschüre mit dem Titel „Steuer- und Entwicklungspolitik im Widerspruch? Was die Unternehmensbesteuerung in Österreich mit Entwicklung zu tun hat“ vor und bietet Interviewmöglichkeiten mit spannenden internationalen Gästen:

- **Sedumetsane Collen Lediga** arbeitet in Bonn beim

International Tax Compact sowie für die Addis Tax Initiative im Bereich Steuern und Entwicklung sowie zu Preismanipulationen im Handel. Davor arbeitete er für die südafrikanische Steuerbehörde als Senior Manager und war in dieser Funktion im African Tax Administration Forum, dem UN Tax Committee sowie in G20- und OECD-Arbeitsgruppen zu Ressourcenmobilisierung und Bekämpfung von Steuervermeidung tätig.

- **Luckystar Miyandazi** arbeitet zu Fragen des internationalen Steuersystems, illegitimer Finanzflüsse sowie Ressourcenmobilisierung im Rahmen des African Institutions Programme am European Centre for Development Policy Management (ECDPM) in Brüssel. Davor war sie als Koordinatorin für die Tax Power-Kampagne von ActionAid International tätig, die in 15 afrikanischen Ländern Mobilisierungsaktivitäten durchführte.

Podiumsdiskussion: 09.10.2018, [18-20 Uhr, im Alberts Schweitzer Haus](#), 1090 Wien

Für Interviewmöglichkeiten:

Mag. Wolfgang Marks, BA

Öffentlichkeitsarbeit

Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe

Apollogasse 4/9, 1070 Wien

Tel.: +43 1 522 44 22 – 15

www.globaleverantwortung.at

www.facebook.com/globaleverantwortung

Interviewmöglichkeit: Juan Carlos Figueredo (Argentinien). Begegnungen, die bewegen!

Von 8. – 19. Oktober ist ein langjähriger Projektpartner von Welthaus Diözese Graz-Seckau zu Gast in Österreich:

Juan Carlos Figueredo setzt sich in der argentinischen Organisation INCUP0 für die Rechte von Kleinbauern und Indigenen und gegen die zunehmende Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen ein. Er bietet Einblicke in die aktuelle Situation in seiner Heimat und zeigt Hintergründe und globale Zusammenhänge auf.

Mögliche Interview-Termine in Wien sind: Mo., 8.10. (Vormittag) oder Fr., 12.10. (Nachmittag).

Bei Interesse ersuchen wir Sie um Rückmeldung (Kontakt siehe unten).

Saftige Rindersteaks, kräftigen Rotwein und aromatischen Käse lassen sich viele ÖsterreicherInnen gerne schmecken. Ein Teil davon stammt aus heimischer Landwirtschaft. Doch viele Lebensmittel haben einen weiten Weg hinter sich. Argentinien etwa setzt seit Jahren massiv auf den Export von landwirtschaftlichen Produkten. Für das Agrobusiness ist die Produktion von Soja, Fleisch, Mais, Zuckerrohr, Sonnenblumen, Ethanol, ... ein gutes Geschäft. Doch die Schattenseiten dieses Wirtschaftssystems sind nicht zu übersehen: Massive Abholzungen und Landvertreibungen, neue Formen der Sklaverei, Wassermangel und die Vergiftung von Mensch und Natur durch Pestizide.

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay)

droht die schweren wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Krisen in Lateinamerika weiter zu verschärfen. Das Abkommen würde bedeuten, die Produktion auszuweiten, Handelsbarrieren zu verringern und Importquoten zu erhöhen. Auch die kleinstrukturierte Landwirtschaft in Österreich käme weiter unter Druck. Mit Billigfleisch von riesigen Geflügel- und Rinderfarmen in Südamerika können unsere Landwirte nicht mithalten.

INCUP0 ist eine langjährige Partnerorganisation von Welthaus Diözese Graz-Seckau.

<http://graz.welthaus.at/termine/>

Für Rückfragen und Interviewvereinbarungen:

Mag. Christian Köpf

Öffentlichkeitsarbeit

Welthaus Diözese Graz-Seckau

Bürgergasse 2, 8010 Graz

Telefon: +43316 324556 19

Mobil: +43676 87423019

eMail: christian.koepf@welthaus.at

Agenda 2030 & die SDGs auf lokaler Ebene

Handlungsmöglichkeiten, Relevanz und Rahmenbedingungen für Kommunen und lokale Akteure. Eine Analyse von René Hartinger, ÖKOBÜRO und SDG-Watch

Agenda 2030 und ihre 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs): was bedeuten sie auf der und für die lokale Ebene?

Die Agenda 2030 ist ein „Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand“, mit dem die Welt bis 2030 auf den Pfad der Nachhaltigkeit gelenkt werden soll. Adressiert werden die großen, von den Menschen „hausgemachten“ Bedrohungen des 21. Jahrhunderts. Ihr Herzstück stellen die 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, kurz: SDGs) dar. Mit diesen 17 „SDGs“ und ihren 169 Unterzielen wurde zudem erstmals ein für sämtliche Staaten der UNO geltender und integrierter Rahmen für den Weg in eine „gute Zukunft für alle“ innerhalb der „planetaren Grenzen“ geschaffen. Das bedeutet einen Paradigmenwechsel: weg vom punktuellen oder sektoralen Handeln hin zu vernetztem Denken, integrativen Strategien sowie einer integrativen Sicht- und globalen, solidarisch-partnerschaftlichen Herangehensweise. *„Der Umfang und der ambitionierte Charakter der neuen Agenda erfordern eine mit neuem Leben erfüllte Globale Partnerschaft, um ihre Umsetzung zu gewährleisten. Darauf verpflichten wir uns uneingeschränkt. Diese Partnerschaft wird in einem Geist der globalen Solidarität wirken, insbesondere der Solidarität mit den Ärmsten und mit Menschen in prekären Situationen. Sie wird ein intensives globales Engagement zur Unterstützung der Umsetzung aller Ziele und Zielvorgaben erleichtern, indem sie die Regierungen, den Privatsektor, die Zivilgesellschaft, das System der Vereinten Nationen und andere Akteure zusammenbringt und alle verfügbaren Ressourcen mobilisiert.“* – so der Resolutionstext. „Integrative Sichtweise“ bedeutet in diesem Zusammenhang vor allem auch eine reflektierte und verantwortungsvolle Herangehensweise an politisches Handeln und Entscheiden. Zum einen wirken sich Maßnahmen ggf. in einer Zieldimension positiv aus, führen in anderen aber zu Trade-

Offs. Das bedeutet, dass Handlungsoptionen immer integrativ beurteilt werden sollten, um das „Ausblenden“ negativer Auswirkungen zu vermeiden. Die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen ist hier außerordentlich geeignet, um als Kompass für verantwortungsvolles und zukunftsorientiertes (politisches) Handeln zu dienen – und das auf jeder politischen Ebene.

Konkrete Handlungsaufträge und Paradigmenwechsel im Denken

Wenn die Agenda 2030 auf ihre Relevanz für lokale Akteure hin gelesen wird, wird oft in einer ersten Reaktion das SDG 11 als *„das für Städte und Gemeinden relevante SDG“* identifiziert. Tatsächlich finden sich darin viele Handlungsaufträge mit konkretem kommunalpolitischem Bezug – angefangen vom leistbaren Wohnraum bis hin zur integrierten Entwicklungsplanung zwischen ländlichem Raum und Städten. Dass sich aber ausschließlich in diesem elften Ziel die Ansatzpunkte für lokale Akteure finden ist schlichtweg ein Trugschluss. Jedes einzelne der 17 Ziele bietet – entweder implizit oder explizit – Ansatzpunkte für lokales oder kommunales Handeln.

In einer Untersuchung des deutschen Umweltbundesamtes zur kommunalpolitischen Relevanz der Agenda 2030 wurden beispielsweise beinahe 100 der insgesamt 169 Unterziele (Targets) als kommunalpolitisch relevant eingestuft – also als Unterziele, bei denen es für Kommunen und Lokalverwaltungen Spielraum für politisches Gestalten gibt. Gleichzeitig steckt darin die Herausforderung, dass unterschiedliche politische Ebenen für eine Zielerreichung gut zusammenarbeiten. Kaum eine der Materien lässt sich allein auf einer politischen Kompetenzebene bestmöglich aussteuern. In Österreich ist dies entsprechend der Kompetenzaufteilung der Auftrag zur aktiven und konstruktiven Zusammenarbeit zwischen lokaler/regionalpolitischer Ebene (Städte, Gemeinden, Bezirke), den Ländern und dem Bund. (Ein Beispiel dazu folgt

in Abschnitt 5)

Es geht bei den SDGs also auch für lokale Akteure darum, zu einem neuen Verständnis der eigenen Handlungsoptionen zu gelangen und eine Reflexion der eigenen (Mit)Verantwortung für den Zustand und die Zukunft unserer Lebensumwelt zu erreichen – im unmittelbaren Umfeld, wie für den Planeten als ganzes. Neben den direkten Handlungsaufträgen, die in den Unterzielen stecken – etwa der Schaffung von Grünflächen und Naherholungsräumen – liefern die SDGs hier als vernetztes Zielsystem damit auch die Grundlage für ein neues, vernetztes Denken. Maßnahmen, die positiv auf ein Unterziel wirken, können in einem anderen negative Folgen haben. In den Zielen und Unterzielen steckt damit auch für lokale Akteure beides: konkrete Handlungsaufträge und ein Paradigmenwechsel im Denken, der auf einen verantwortungsvollen Umgang mit Zielkonflikten und bessere Reflexion über die Wechselwirkungen und (globalen wie lokalen, kurzfristigen wie langfristigen) Auswirkungen abzielt.

Tiefgreifende Veränderungen statt kosmetischer Korrekturen brauchen integrative Prozesse und Mitsprache

Die Agenda adressiert die großen Herausforderungen, denen wir als Menschheit im frühen 21. Jahrhundert gegenüberstehen: *„Wir haben uns zu einem Zeitpunkt versammelt, in dem die nachhaltige Entwicklung vor immensen Herausforderungen gestellt ist“* heißt es dazu im Resolutionstext. Die zentrale und entscheidendste Frage bei der Umsetzung der Agenda 2030 wird also sein, ob es tatsächlich gelingt, die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen anzustoßen, die es braucht, um diese Herausforderung des 21. Jahrhunderts auch zu meistern. Viele dieser großen Bedrohungen sind durch die Menschen „hausgemacht“, und es braucht ein anderes Herangehen, ein „transformatives“ Handeln und Entscheiden, um ihrer Herr zu werden. Die Politik ist hier auf allen Ebenen aktiv gefragt

und in der Verantwortung: Kosmetische Korrekturen, Lippenbekenntnisse oder gar „Etikettenschwindel“ werden weder zu den Fortschritten führen, die uns bei der Bewältigung dieser Herausforderungen weiter bringen, noch werden sie uns helfen, die Chancen, die in dieser Veränderung stecken, aktiv zu nutzen.

Die zuvor bereits genannte Publikation des deutschen Umweltbundesamtes stellt fest, dass die SDGs als Konzept bzw. System sehr gut geeignet sind, um komplexere gesellschaftliche Sachverhalte zu diskutieren und ihrer Vernetztheit gerecht zu werden, ohne einzelne Auswirkungen „unter den Tisch“ fallen zu lassen. Neben dem Einbeziehen unterschiedlicher Interessen und Ansichten sei es darüber hinaus erforderlich, dass die Beschäftigung mit den Zielen zu einem konstruktiven und verantwortungsvollen Umgang mit Zielkonflikten und (globalen) Auswirkungen des eigenen Handelns – auch auf der lokalen Ebene – führt. Es wird explizit vor dem Ansatz des „Rosinenpickens“ gewarnt, bei dem sich Akteure aus Politik, Administration etc. einzelne Ziele oder Unterziele wählen, um diese dann „sektoral“ zu bearbeiten oder ihre Leistungen dazu darzustellen. Dieser Ansatz widerspricht dem Charakter und der Intention der 2030 Agenda grundlegend.

Die NGO WECF, die sich in einer Publikation speziell mit der geschlechtergerechten Umsetzung der Agenda 2030 in Kommunen beschäftigte, merkte an, dass integrative und ressort- bzw. sektorübergreifende Ansätze hierzu eine zentrale Rolle spielen – dies käme in der Praxis aber noch zu viel zu selten vor. Viele der in der 2030 Agenda vorkommenden Themen – etwa die Gleichstellung der Geschlechter – müssten integrale Bestandteile politischer Prozesse sein und könnten nicht als Parallelprozesse gemanaged werden. Gleichzeitig braucht es aber übergeordnete Strategien und politisches Commitment, durch die in der Praxis auch echte Fortschritte erreicht werden. Nur so kann ein solcher „Mainstreaming-Ansatz“ echte Fortschritte bewirken, ohne

Gefahr zu laufen, auf der administrativen Ebene „steckenzubleiben“ oder politisch zur leeren Worthölse zu verkommen.

Aussagekraft der Unterziele

Für ein ausreichendes Verständnis des „transformativen Potentials“, aber auch eine Vorstellung vom Umfang der Herausforderung, die in den SDGs steckt, ist es unbedingt erforderlich, auch die Unterziele zu lesen. Wie eingangs erwähnt geht es darum, integrative Ansätze zu entwickeln, um echte gesellschaftliche Veränderungen auszulösen, und die sektorale Herangehensweise – oft auch als „Silodenken“ bezeichnet – zu überwinden.

Das Unterziel 10.3 des SDG 10 „Weniger Ungleichheiten“ gibt beispielsweise einen guten Eindruck davon, wie tiefgreifend und umfassend der Handlungsauftrag ist, der in dieser Agenda steckt:

„Chancengleichheit gewährleisten und Ungleichheit der Ergebnisse reduzieren, namentlich durch die Abschaffung diskriminierender Gesetze, Politiken und Praktiken und die Förderung geeigneter gesetzgeberischer, politischer und sonstiger Maßnahmen in dieser Hinsicht“

Allein dieses eine Unterziel gibt – in den unterschiedlichsten Zusammenhängen – Anlass zu zahlreichen Fragen und tiefgreifendem Nachdenken, und das auch im Rahmen lokalpolitischer Überlegungen und Entscheidungen: ob dies nun die beruflichen Chancen für unterschiedliche Gruppen in der Gemeinde betrifft, die Anzahl der Frauen, die in politischen Mandaten in der Stadt/Gemeinde mitbestimmen, die Barrierefreiheit des öffentlichen Raumes oder beispielsweise auch die Auswirkungen von städtebaulichen oder verkehrspolitischen Maßnahmen, vor dem Hintergrund der Chancengleichheit und der gesellschaftlichen Inklusion.

Um diese Wechselwirkungen sowie die möglichen Synergien und Trade Offs zwischen einzelnen Zielen und Unterzielen zu erläutern eignen sich Beispiele.

Synergien und Zielkonflikte

Untersuchungen zeigen, dass die zu erwartenden Synergien die Trade Offs wesentlich überwiegen, und die Umsetzung der 2030 Agenda für die allermeisten Staaten und Bereiche zu mehr positiven als negativen Effekten führen wird (vgl. etwa Pradhan et Al, 2017). Insbesondere Österreich gehört hier im internationalen Vergleich zu den Ländern mit außerordentlich guten Voraussetzungen & Perspektiven: Einerseits aufgrund der guten „Bestandssituation“, auf die es bei der Umsetzung aufbauen kann, und die beispielsweise im SDG Index deutlich herauskommt. Andererseits aber auch, da die positiven Effekte einer ambitionierten Umsetzung hierzulande gegenüber evtl. Trade Offs besonders stark zu überwiegen versprechen. Dennoch werden nicht alle Maßnahmen frei von Ziel- und Interessenskonflikten bleiben. Ein hoher Lebensstandard führt beispielsweise unter den gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stets auch zu einem übermäßigen ökologischen Fußabdruck und ausgeprägter ökologischer Nichtnachhaltigkeit. Sowohl der SDG-Index 2017 sowie die Auswertung auf Basis des Doughnut-Konzeptes bestätigen diese Diagnose auch für Österreich und zeigen Handlungsbedarf im Umweltbereich auf: unser hoher Lebensstandard beruht nach wie vor auf einer übermäßigen Beanspruchung einerseits der Umwelt, andererseits aber auch auf ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in globalen Zulieferketten etc.

Gerade in diesen Herausforderungen und Zielkonflikten liegt das besonders spannende Element der Agenda 2030 und das für alle politischen Ebenen. Genau darin liegt aber auch ihre zentrale Herausforderung. Im Folgenden sollen diese möglichen Wechselbeziehungen anhand zweier Beispiele diskutiert werden.

In einem dritten Beispiel soll gezeigt werden, dass eine gute Zusammenarbeit der politischen Ebenen für eine Erreichung der Ziele wesentlich und erfolgskritisch ist.

Synergien: Ein sanftes Mobilitätssystem und guter öffentlicher Nahverkehr begünstigen die Entlastung der Umwelt ebenso wie die soziale Inklusion. Denn eine solche Mobilität reduziert nicht nur den Ausstoß an Treibhausgasen und den Bedarf an Energie pro Kopf. Sie inkludiert auch jene, die kein Auto besitzen oder die aufgrund bestimmter Einschränkungen keines lenken können. Darüber hinaus fördert sie auch die Gesundheit der Anwohner (Luftqualität, Lärm, Verkehrsunfälle) und verringert die für den Verkehr benötigte Fläche (Schutz natürlicher Lebensräume, Aufwertung öffentlichen Raumes, bspw. als Naherholungsraum).

Trade Offs: Ein weniger konfliktfreies Feld ist beispielsweise die Energiewende: es ist zwar klar, dass erneuerbare Energieträger dem Einsatz fossiler vorzuziehen sind. Gleichzeitig bedeutet aber der Ausbau erneuerbarer Energie auch, dass es zu Nutzungskonflikten kommen kann – landwirtschaftliche Fläche kann *entweder* zur Herstellung von Agrotreibstoffen *oder* Lebensmitteln verwendet werden (dies gilt auch für die landwirtschaftliche Nutzfläche in anderen Staaten der Welt, die wir durch den Import von Energieträgern oder Lebensmitteln „mitnutzen“).

Der Ausbau der Wasserkraft führt zu Einschnitten in natürliche Flussökosysteme und kann in einem Land wie Österreich eigentlich nur noch vorangetrieben werden, wenn in Kauf genommen wird, dass damit in besonders sensible natürliche Lebensräume vorgedrungen wird und diese dadurch unwiederbringlich verlorengehen. Die Überlegungen in Bezug auf eine Energiewende müssen daher auch dahin gehen, zu reflektieren, wofür wir überhaupt Energie einsetzen und ob wir unseren Gesamtenergiebedarf beispielsweise auch senken können. In einer aktuellen ÖKOBÜRO-Publikation zur „Biodiversitätsschonenden Energiewende“ wird beispielsweise

festgestellt, dass eine Energiewende und ein Aus für fossile Energieträger in Österreich unter Schutz und Erhaltung der Biodiversität sehr wohl gelingen kann – jedoch nur, wenn es gelingt, den Energieverbrauch bis 2050 zu halbieren.

Trade-Offs sind aber auch keine Sackgassen: Wo sie festgestellt werden, können ggf. mit der Zeit durch Innovation oder Querdenken nachhaltige und faire Lösungen gefunden werden.

Kompetenzaufteilung und ressort- bzw. sektorübergreifende Zusammenarbeit als Herausforderung: Gesundheitsaspekte beispielsweise sind von Entscheidungen auf unterschiedlichen politischen Ebenen abhängig: ein gesundes Leben beruht zum einen auf einem hochwertigen Gesundheitssystem sowie einem guten und inklusiven Zugang zu Gesundheitseinrichtungen. Gleichzeitig spielen aber auch lokale Faktoren – die Grünfläche als Naherholungsraum vor der Haustür (SDG11), die Belastung durch Lärm und Schadstoffe am Wohnort (SDG3) etc. – eine zentrale Rolle, um die Gesundheit der Menschen sicherzustellen. Aber auch Fragen des Arbeitsrecht (SDG8), der Ernährung (SDG2), der sozialen Absicherung (SDG1) oder des Zugangs zu sauberem Wasser (SDG6) oder hochwertigem Wohnraum (SDG11) sind wichtige Rahmenbedingungen für Gesundheit und Wohlergehen der Menschen. Gute Rahmenbedingungen für ein Leben in Gesundheit und Wohlergehen können also nur durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher politischer Ebenen gewährleistet werden.

Ansatzpunkte für eine Implementierung auf lokaler Ebene

Ein partizipatives und transparentes Herangehen an politische Fragen und Entscheidungen ist eine wichtige Grundlage für eine konstruktive Auseinandersetzung mit derart vernetzten Fragestellungen. In deutschen Kommunen kommt laut Umweltbundesamt als häufigster Ansatz ein

„Multistakeholderansatz“ zum Einsatz, um die Einbindung unterschiedlicher Sichtweisen in die politische Entscheidungsfindung zu gewährleisten (wie dieser in einer Kommune dann jeweils ausgestaltet ist, ist sehr vielseitig). Dieses Einbeziehen von Sichtweisen kann zu besserem Verständnis der Wechselwirkungen zwischen einzelnen Zielen und den lokalen und globalen Auswirkungen führen, und ggf. sogar in integrierte Strategien münden, die dann die Grundlage für die langfristige Weiterverfolgung der Ziele werden.

Eine Kommune kann aber beispielsweise auch durch Informationsarbeit etwas bewirken, oder indem sie Bürgerinnen und Bürger zum Aktivwerden animiert und bei der Umsetzung eigener Projekte und Ideen für nachhaltige Entwicklung und globale Partnerschaft unterstützt. Ein weiterer wichtiger Hebel ist die öffentliche Beschaffung. Kommunen haben hier im Rahmen der eigenen Einkaufspolitik die Möglichkeit zu verantwortungsvollem und nachhaltigem Handeln.

Die „Bausteine zur lokalen Umsetzung der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs)“ des österreichischen Städtebund und des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung – setzen an diesem Grundgedanken der „Vielfalt an Handlungsmöglichkeiten“ an und fassen für Städte und Gemeinden, die zu den SDGs aktiv werden wollen, folgende Empfehlungen zusammen:

- **SDG Prozess in der Stadt starten**
- für die SDGs sensibilisieren („Awareness Raising“)
- Stakeholder einbeziehen, um die Ziele zu erreichen.
- **Festlegen einer lokalen SDG-Agenda**
- SDGs in die kommunale Praxis vor Ort übersetzen
- konkrete Projekte für nachhaltigere soziale, wirtschaftliche und ökologische Ziele definieren und umsetzen
- **Monitoring, Bewertung & Governance**
- Sicherstellen, dass die SDG-Implementierung auf Kurs bleibt
- reaktionsfähige und verantwortungsvolle Governance

aufbauen

- **Öffentlichkeit beteiligen – Partizipation gewährleisten**
 - Anreize für das Mitmachen schaffen
-

Lokale Ebene als politischer Gestalter, Bund als zentraler Akteur: Verantwortung des Bundes und Bedeutung kompetenzübergreifender Zusammenarbeit von nationalen und lokalen Stellen

Die bisherigen Ausführungen machen deutlich, dass lokale Akteure unerlässlich sind, um die globalen Ziele letztendlich auch erfolgreich zu verwirklichen. Um konstruktive Prozesse in Gang zu bringen, ist es also essentiell, dass sich Kommunen als verantwortungsvolle politische Gestalter begreifen. Aber auch auf anderen politischen Ebenen liegen wesentliche Teile der Umsetzungsverantwortung, und für eine erfolgreiche Herangehensweise ist eine Zusammenarbeit zwischen den politischen Ebenen erfolgsentscheidend und unverzichtbar.

Wie in Abschnitt 2 und 5 bereits ausgeführt kommt der Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen politischen Ebenen hier besondere Bedeutung zu. Im Resolutionstext der Agenda wird dazu sowohl die *„Hauptverantwortung der Regierungen für die bis 2030 erreichten Fortschritte“* festgehalten, als auch explizit betont, dass die Regierungen für die Umsetzung der Agenda mit *„regionalen und lokalen Behörden, subregionalen Institutionen, Hochschulen, philanthropischen Organisationen, Freiwilligengruppen“* etc. zusammenarbeiten sollen.

Die österreichische Bundesregierung ist hier in Hinsicht auf die Gesamtumsetzung der wichtigste politische Akteur. Leider versteht sie sich aber bis heute nicht als die Trägerin der politischen Hauptverantwortung für die Umsetzung der Agenda 2030 und die Verwirklichung ihrer Ziele. Mit dem Ministerratsbeschluss 2017 wurde die Agenda 2030 durch die Bundesregierung lediglich *„zur Kenntnis genommen“*, mit ihrer

Umsetzung wurden „*die Bundesministerien beauftragt*“. Bis heute hat die Regierung ihre wichtige Schlüsselrolle aber offenbar nicht erkannt und nimmt sie dementsprechend unzureichend wahr.

Nur wenn ein ausdrückliches politisches Bekenntnis auf höchster nationaler Ebene – also von der Bundesregierung – vorliegt, und diese die Verantwortung für die Gesamtumsetzung der Agenda 2030 in Österreich aktiv in die Hand nimmt, können die beauftragten nationalen Stellen ihre Potentiale ausschöpfen und zu den Spielmachern werden, die es für einen transparenten und partizipativen Umsetzungsprozess braucht.

Transparent bedeutet: Pläne, Arbeitsprogramme, Prozesse, Verantwortlichkeiten, Indikatoren etc. sind vorhanden und für alle interessierten Stakeholder zugänglich und nachvollziehbar. Partizipativ bedeutet dabei: diese Pläne, Prozesse etc. werden unter Einbeziehung aller wichtigen Stakeholdergruppen – Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Lokale Ebene und Regionalverwaltungen etc. – erarbeitet und kontinuierlich mit diesen diskutiert und weiterentwickelt.

Derzeit herrscht hier in Österreich jedoch leider noch höchste Intransparenz sowie weithin fehlende Koordination und Partizipation. Eine Studie des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung aus 2017 hat hier dementsprechend auch – wenig überraschend – ergeben, dass sich Österreichs Städte und Gemeinden mehr Unterstützung durch die nationalen Koordinierungsstellen (dies sind derzeit das BKA und das BMEIA) wünschen. Auch die seit langem fruchtlos vorgebrachten Forderungen der Zivilgesellschaft – heute in der Plattform SDG Watch Austria gebündelt – sowie von Akteuren aus der Wissenschaft etc. an die Bundespolitik indizieren diesen Stillstand in aller Deutlichkeit.

Der derzeitige Umsetzungsprozess in Österreich wird dem Anspruch der Agenda 2030 an Transparenz, Stakeholder-Einbindung und Zusammenarbeit zwischen den politischen Ebenen

somit bei weitem noch nicht gerecht. Damit fehlen bislang wichtige strukturelle Voraussetzungen für die Erreichung von Fortschritten. Die Vorarbeiten für den für 2020 angekündigten ersten Fortschrittsbericht an die UNO, der nach Angaben des Bundeskanzlers vom Februar 2018 „im Zusammenwirken mit allen relevanten Stakeholdern erstellt und dem Nationalrat vorgelegt“ werden soll, könnte hier die nächste – zwar im internationalen Vergleich reichlich späte, aber immerhin hierzulande nächste – Gelegenheit für den Start des eigentlichen Umsetzungsprozesses in Österreich sein. Eine weitere Gelegenheit böte sich, wenn die Ankündigungen wahr gemacht werden, dass die Umsetzung der Agenda 2030 auch im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft eine wichtige Rolle spielen wird. Auch hier könnte der Stillstand durchbrochen werden und Schwung in den nationalen Umsetzungsprozess kommen.

Ebenso wie die Zivilgesellschaft, die Wissenschaft und die Wirtschaft sollten hier, wenn die Regierung ihre Ankündigungen ernst nimmt, auch die österreichischen Städte, Gemeinden und lokalen Akteure darauf hoffen können, von den nationalen Stellen in einen strukturierten und partizipativen Umsetzungsprozess einbezogen zu werden, wie ihn etwa SDG Watch Austria bereits seit 2017 einfordert.

Aller Voraussichtlich nach wird unser Land erst als eines der letzten Länder in der EU und weltweit an die UNO berichten, Wesentlich ist unter diesen Voraussetzungen daher auch, dass Österreich in der Zeit bis zu seinem ersten Bericht zumindest von jenen Staaten, die heute bereits aktiv berichten, lernt, und die Erfahrungen aus den internationalen Good Practise Beispielen für sich und seinen nationalen Umsetzungsprozess nutzt. Nur so könnten die 5 Jahre, die zwischen Beschluss der Agenda und dem ersten Bericht Österreichs liegen werden, so zumindest noch indirekt genutzt werden.

Deutschland beispielsweise ist hier im Rahmen von Aktivitäten

des Bundes mit lokalpolitischem Fokus sehr aktiv und stellt Kommunen und Akteuren auf lokaler Ebene, die sich zur Agenda 2030 engagieren wollen, konkrete Unterstützungsangebote zur Verfügung (z.B.: Engagement Global & Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), Forschungen des Umweltbundesamtes zur Unterstützung der Umsetzung auf lokaler Ebene, „Dialog Nachhaltige Stadt“ des Rats für Nachhaltige Entwicklung, Arbeitskreis zur Umsetzung der Agenda 2030 auf kommunaler Ebene etc.). In Österreich beschränkt sich das Engagement der nationalen Stellen leider auch in diesem Feld nach wie vor auf eine wenig ambitionierte Informations- und Vortragstätigkeit.

rene.hartinger@oekobuero.at

Projektleitung – Nachhaltige Entwicklung und Kommunikation
ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung
Koordinator für SDG Watch Austria

QUELLEN und weiterführende Informationen: (siehe [Download pdf](#))

SDGs – die nachhaltigen Entwicklungsziele

SDGs – Nachhaltige Weltziele weltweit wichtig! Regional richtig!

... Recherche-Hinweise, Links, Kommentar

Die Sustainable Development Goals (SDGs), die 17 Ziele nachhaltiger Entwicklung, beschlossen von den Vereinten Nationen, sind seit 1. Januar 2016 mit einer Laufzeit von 15 Jahren (bis 2030) weltweit in Kraft. Sie sind komplex und bisher vor allem Theorie. Mittlerweile nehmen die Wege dorthin aber Gestalt an – bis oder gerade auf regionaler Ebene auch in Österreich. Was es dazu zu sehen, zu wissen und zu erzählen gibt, lesen Sie hier.

[Download \(pdf\)](#)

Agenda 2030 & die SDGs auf Lokaler Ebene: Handlungsmöglichkeiten, Relevanz und Rahmenbedingungen für die Kommunen und lokale Akteure: Analyse und Darstellung von René Hartinger, Ökobüro und SDG-Watch. [Mehr](#)

Interessante Aspekte und Recherche-Ideen zu SDGs und ihre regionale Umsetzung:

- Kommt das Konzept der SDG bei der Bevölkerung an?
- 17 Ziele – können sie wirklich nachhaltig die Welt retten?
- Was haben die Vorgänger-Ziele, die Millennium Development Goals gebracht? Und was können die SDG

leisten?

- 17 Ziele für alle – von der Innovation einer globalen Aufgabe
 - Haben die Ziele das Potential Grundlage einer breiten Bewegung zu werden
 - Schul- und Gemeindeprojekte zu den SDGs begleiten. Siehe Projekte.
-

Projekte

- **Südwind SDG-(Video)Workshop mit SchülerInnen.** Ergebnisse werden in Zusammenarbeit mit Fernseh/Print/Online –Medien gezeigt. Bsp. <https://www.youtube.com/watch?v=dm-N3odR8tM>
- Schulprojekt „**Start the change**“ in OÖ an der PH: „Handlungsanweisungen“ für die Umsetzung der SDGs <https://www.facebook.com/StartTheChangeProject/photos/a.187321731877641.1073741828.186226408653840/204863946790086/?type=3&theater>
- Projekt: **Junge WeltbürgerInnen für unsere Gemeinden.** Jugendliche setzten die SDGs in ihren Gemeinden um. Kontakte für Nachfrage zu bestimmten Projekten
Kontakt Steiermark: <https://www.suedwind.at/steiermark/angebote/junge-weltbuengerinnen/>
Kontakt Vorarlberg: https://www.suedwind.at/fileadmin/user_upload/suedwind/Regionalstelle_Vorarlberg/Junge_Weltbu_rgerInnen_broschu_re_VBG.pdf
- **SDG Initiative 2018:** Die AG Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe nützt die österreichische EU-Ratspräsidentschaft, um die mediale und inter-/nationale Aufmerksamkeit auf die Agenda 2030 zu rücken und sie damit stärker ins öffentliche und politische Bewusstsein zu bringen <https://www.globaleverantwortung.at/sdg-initiative-2018>

- **Projekt „Our-world“** – SDG Trainings für JugendarbeiterInnen:
<https://www.bjv.at/activities/our-world-global-denken-lokal-handeln/>
- **Land NÖ: Globale Ziele „17 und wir“**. Wir suchen lokale **Schätze!** Mit dem Projekt „17 und wir“ werden die globalen Ziele in Niederösterreich mit Leben erfüllt. In NÖ wurden bereits viele zukunftsfähige Aktivitäten, die in diese Richtung gehen, umgesetzt. Genau solche „Wegweiser“ werden mit der Initiative sichtbar gemacht. Große wie kleine Beispiele werden präsentiert, ausgezeichnet und öffentlichkeitswirksam ins Blickfeld gerückt (2018/19). Mitmachen | Einreichungen bis 31. Okt. 2018 <https://17undwir.at/das-projekt/>
- In NÖ finden außerdem jedes Jahr im Frühjahr die **Fairen Wochen** mit über 100 Ausstellungen, Workshops und Veranstaltungen in Schulen, Gemeinden und Regionen statt.
- **PH Hochschultag** in OÖ zu „Start the Change“ im Herbst. Kontaktpersonen: Rosel Postuvanschitz (pos@ph-linz.at) und Thmoas Mohrs (mohrs@ph-ooe.at)
- **FairStyria**: ist die ressortübergreifende Dachmarke des Landes Steiermark für Aktivitäten im Bereich der globalen Verantwortung und Nachhaltigkeit auf regionaler Ebene. Auch hier finden jedes Jahr im Frühjahr faire Wochen mit vielen lokalen und regionalen Veranstaltungen statt. **Achtung! Läuft noch 26. Juni!** (siehe SDG-Termine z.B. am 26.6.18) fairstyria.at

Organisationen / Ansprechpersonen

- **SDG Watch Austria**: Zivilgesellschaftliche Plattform von über 120 Organisationen für die Verwirklichung der UN-Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs): www.sdgwatch.at
- **Ban Ki-moon Centre for Global Citizens**: in Wien seit

Jänner 2018 gegründet von Ban Ki-moon und dem ehemaligen österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer.:
<https://bankimooncentre.org>

- Sammlung an internationalen Beispielen von der lokalen Umsetzung von den Nachhaltigkeitszielen:
<http://localizingthesdgs.org/>
- Zentrum für Verwaltungsforschung zu den SDGs in ö. Städten, z.B. diese Veranstaltung:
<http://kdz.eu/de/content/die-sdgs-meiner-stadt-leoben-2018>
- Viele EZA-Organisationen in Österreich, die Projekte umsetzten: Südwind, Jugend eine Welt, Globale Verantwortung, JUEFE u.v.m.

Veranstaltungsreihen und Veranstaltungen

- <https://www.nachhaltigesoesterreich.at/>
- <http://www.firststyria.at/>
- Faire Wochen:
http://www.noe.gv.at/noe/Klima/Faire_Wochen_2018.html
- SOL-Symposium 2018: Fr./Sa., 22./23. Juni 2018, Burg Schlaining (Südburgenland):
<http://nachhaltig.at/symposium/>
- Musical: Solve it – Die Zeit läuft: Die JugendbotschafterInnen der Caritas Vorarlberg bringen mit ihrem neuen Bildungsmusical die Ziele für nachhaltige Entwicklung auf die große Bühne. Eine packende Story über unsere Zukunft:
<https://www.caritas-vorarlberg.at/mithelfen/auslandshilfe/jugendbotschafter/musicals/>
- Workshops mit 40 junge Erwachsene, die in Innsbruck, Graz und Wien zu SDG-BotschafterInnen ausgebildet werden:
<https://www.globaleverantwortung.at/sdg-botschafterinnen-junge-menschen-engagieren-sich>

Leitlinien/ Handbücher/ Artikel

- **SDGS in der Österreichische Gemeindezeitschrift:**
https://www.staedtebund.gv.at/fileadmin/USERDATA/oegz/dokumente/0eGZ_2_2018.pdf
- **SDGS im Südwind-Magazin:**
<https://www.suedwind-magazin.at/provinz-trifft-welt>
<https://www.suedwind-magazin.at/mehr-als-zusatz-ortstafeln>
- Interview mit dem deutschen Entwicklungsforscher **Dirk Messner** zu den SDGs
https://www.suedwind-magazin.at/wissensmodus-statt-krise_nodus
- **SDGs in WeltverbesserIn:**
https://www.suedwind.at/fileadmin/user_upload/suedwind/30_Informieren/WeltverbesserInnen/weltverbesserIn_2-2016_web-1.pdf
- **ÖFSE-Kommentar:**
<https://www.oefse.at/publikationen/aktueller-kommentar/aktueller-kommentar-dezember-2017/>

Medien (Kurzfilme etc.)

- **Brot für die Welt: Kurz erklärt: Nachhaltige Entwicklungsziele**
<https://www.youtube.com/watch?v=nFQlWeuHmIA>
- **Promi-Video: „We the people for the Global Goals“**
<https://www.youtube.com/watch?v=RpgVmvMCmp0>
- **SDG- Videoworkshop (Südwind):**
<https://www.youtube.com/watch?v=dm-N3odR8tM>

SDG-Termine: <https://www.sdgwatch.at/de/veranstaltungen/>

Freiwilligenarbeit... und Entwicklung

..Recherche-Hinweise, Links, Projekte, Ideen, Kommentar

[Download \(pdf\)](#)

Freiwillige unter Druck: Kommentar von Johannes Ruppacher, Geschäftsführer von VOLONTARIAT bewegt. [Mehr](#)

Interessante Aspekte und Recherche-Ideen zu Freiwilligenarbeit und Entwicklung

- Ich geh mal kurz die Welt retten! Beweggründe für Freiwilligenarbeit im Ausland.
 - Kommerzialisierung der Freiwilligenarbeit! Wer profitiert wirklich vom Einsatz? Die Organisation, der/die Freiwillige oder die Menschen vor Ort?
 - Kommerzielle vs. nicht-kommerzielle Anbieterplattformen! Wo ist der Qualitätsunterschied?
 - Freiwilligenarbeit im Ausland als *must have* im Lebenslauf! Eigennutz oder Nächstenliebe?
 - Freiwillige im Einsatz! Eine Reportage.
 - Freiwilligeneinsatz in der Jugend | als Erwachsener | im Alter – als Auszeit! Was sind die Beweggründe?
 - Voluntariats-Tourismus! Wer sind die Gewinner?
-

Projekte / Organisationen / Ansprechpersonen

- **Weltwegweiser:** <http://www.weltwegweiser.at/>: Servicestelle für internationale Einsätze, mit Qualitätsstandard für Entsende-Organisationen. Ansprechperson: Bernhard Morawetz, bernhard.morawetz@jugendeinewelt.at, 01 879 07 07 16
- **MITMACHEN:** Förderprogramme und Wegweiser für Berufs- und Freiwilligeneinsätze der ADA (Austria Development Agency): <http://www.entwicklung.at/mitmachen/berufs-und-freiwilligeneinsaetze/>
- **Blog:** Deeper-Travel Plattform Volunteer Reisen mit diversen Beiträgen z.B. Top-Flop-Liste zu Organisationen in der Freiwilligenarbeit, Volunteer-Reisen und Rassismus, Freiwilligentourismus im Wandel etc. <https://deepertravel.de/>
- **Informationsbroschüre** „weltsichtentwickeln Angebote für persönliches Engagement im In- und Ausland des Welthauses“: http://dioezesefiles.x4content.com/page-downloads/falter_weltsicht_entwickeln_2.pdf
- **EFD – Europäischer Freiwilligendienst für Jugendliche:** Suchplattform für Freiwilligenprojekte auf europäischer Ebene: http://europa.eu/youth/volunteering_de
- **Volunteers-Programm der Vereinten Nationen:** <https://www.unv.org>
- **Erasmus +/Jugend in Aktion:** <http://www.jugendinaktion.at/>
- **JUMP Freiwilliges Umweltjahr:** <http://www.jugendumwelt.at/de/programme/freiwilliges-umweltjahr>

Angebote speziell für Erwachsene im Berufsleben und SeniorInnen:

- Grenzenlos: <http://www.volunteering.at/fuer-leute-ab-50/>
- Jugend Eine Welt: <http://www.seniorexpertservice.at/>
- Voluntaris:

<http://www.voluntaris.at/international/index.php/>

Leitlinien/ Handbücher

- **Qualitätsstandard für internationale Freiwilligeneinsätze:** http://www.weltwegweiser.at/wp_www/wp-content/uploads/2017/06/Qualit%C3%A4tsstandards-internationale-Freiwilligeneins%C3%A4tze_2017-05.pdf
- **Rechtliche Rahmenbedingungen** – Portal des Sozialministeriums zu Freiwilligen Engagement in Österreich und international:
<http://www.freiwilligenweb.at/de/freiwilliges-engagement/rechtliche-rahmenbedingungen>
- **Präsentation: „Förderung von qualitativem freiwilligem Arbeiten im Ausland“** von Eurodesk Deutschland:
<https://drive.google.com/file/d/0B0yQ88bNTu-8cDNrc1p4d0lHRTQ/view>
- **Handbuch – Kinderrechte und Kinderschutz – Für die Vorbereitung auf internationale Freiwilligeneinsätze:**
<https://www.ecpat.at/materialien-und-publikationen/trainingshandbuecher/>

Medien (Bücher, Filme etc.)

- **Kurzdoku (9min, NDR): „Abiturienten als Entwicklungshelfer: sinnlose Kurztrips ins Elend,“:**
<http://www.ardmediathek.de/tv/Panorama/Abiturienten-als-Entwicklungshelfer-sin/Das-Erste/Video?documentId=18751184&bcastId=310918>
- **Kurzfilm (8min, Voluntaris) „Weltweit.Erfahrung.Teilen“:**
<http://www.voluntaris.at/international/index.php>
- **E-Book: FAIRreisen statt verreisen – Nachhaltig unterwegs als Volunteer, ein Ratgeber, 2016.**
<https://deepertravel.de/ebook-fairreisen/>

- Buch: René Jo. Laglstorfer „**Abenteuer Auslandsdienst-Die jungen Botschafter Österreichs**“. 2017.
https://www.pustet.at/Abenteuer-Auslandsdienst_28_p476.html
 - Publikation „**Vom Freiwilligendienst zum Volontourismus**„:
https://www.tourism-watch.de/files/profil18_volontourismus_deutsch_online_1.pdf
-

Freiwillige unter Druck

Junge Erwachsene kommen in den letzten Jahren verstärkt unter Druck. Räume, um sich auszuprobieren und den eigenen Lebensweg über Experimente und Umwege zu finden, schrumpfen und damit auch die Bereitschaft, sich ehramtlich zu engagieren.

Eine Reflexion zur beschleunigten Lebenswelt junger Erwachsener von Johannes Ruppacher, Geschäftsführer von VOLONTARIAT bewegt.

Als 30-Jähriger bin ich Teil der Zielgruppe, die VOLONTARIAT bewegt ansprechen will. Wir organisieren Freiwilligeneinsätze in Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, um junge Menschen für entwicklungspolitische Anliegen zu sensibilisieren und sie als zivilgesellschaftliche AkteurInnen zu gewinnen. Wir wünschen uns „active citizens“, also Personen, die Verantwortung übernehmen, sich einbringen, politisch aktiv und davon überzeugt sind, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse beeinflussbar sind und es Gestaltungsräume gibt. Unser Programm steht damit quer zu den Fragmentierungstendenzen, die die Gesellschaft vor allem als Vermittlungsmoment für Wertschöpfung erscheinen lassen.

Junge Erwachsene fühlen sich oft ohnmächtig und trauen sich nicht zu, positiv zum Wohl der Gesellschaft beitragen zu

können. Das Leben von 20- bis 30-Jährigen ist auf den Erfolg in standardisierten Bildungssystemen und auf Output-Maximierung gerichtet. Festmachen lässt sich diese Beobachtung am Beispiel der Zentralmatura, die dazu geführt hat, dass emotionale Sicherheitsnetze für SchülerInnen wegfallen. Viele MaturantInnen berichten mir, dass sie Angst vor der Matura haben, obwohl sie ausgezeichnete SchülerInnen sind, weil sie nicht mehr darauf vertrauen, dass sie „das Richtige“ gelernt haben. Die Gewissheit, dass gute Schulerfolge auf die Schaffbarkeit der Matura hindeuten, fehlt ihnen.

Diese Angst hat direkten Einfluss darauf, was 20- bis 30-Jährige zu träumen wagen und wofür sie sich einsetzen. Sie sind mit sich und ihrem Leistungspensum oft so beschäftigt, dass der Gedanke an ein „Gap-Year“ (Jahr zwischen Matura und Ausbildung) für viele wie pure Zeitverschwendung erscheint. *„Wenn ich die Familienbeihilfe nur mehr bis 24 bekommen, warum sollte ich mir dann ein Jahr Auszeit nehmen, um mich selbst besser kennenzulernen und etwas zum Wohl unserer Gesellschaft beizutragen?“*, ist ein vielfach ausgedrückter Gedanke junger Menschen. Nach der Zentralmatura lauert nämlich schon die nächste Hürde. Studienplatzbeschränkungen und Aufnahmeprüfungen an Hochschulen folgen nahtlos auf die Abschlussprüfungen und viele junge Erwachsene wissen schon in der Maturaklasse, dass sie keine Verschnaufpause haben werden. Wer sich ein Jahr Auszeit nimmt, ist oft schon zu spät dran, um Aufnahmeprüfungen zu absolvieren.

Als Entsendeorganisation haben wir auf diese Realität reagiert und bieten jetzt Einsätze an, die 10-12 Monate dauern. Früher waren es verpflichtend 12 Monate. Das ändert nichts daran, dass ich nachdenklich gestimmt bin. Wo steuern wir als Gesellschaft hin, wenn es jungen Menschen nicht mehr erlaubt ist, hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken und ihr Tatendrang in Arbeit und standardisierten Tests erstickt wird? Welches Konzept vom Erwachsen-Werden verfolgen wir? Warum wird über dieses Thema so wenig differenziert gesprochen und weiß

eigentlich kaum jemand von der Möglichkeit, sich ein Jahr Auszeit zu nehmen und dabei auf anderen Pfaden zu lernen?

Johannes Ruppacher ist seit 2014 Geschäftsführer von VOLONTARIAT bewegt, www.volontariat.at, info@volontariat.at

Interviewmöglichkeit: Rana Plaza Unglück Bangladesch

Interviewmöglichkeit

Am 24. April jährt sich der verheerende Einsturz der Textilfabrik [Rana Plaza](#) in Bangladesch zum 5. Mal. Was hat sich seitdem getan?

Humaira Aziz, CARE Bangladesch, ist vom 26.2. bis 1.3. in Wien. Sie spricht über Textilarbeiterinnen in Bangladesch und die aktuellen Herausforderungen für Frauen in dieser Branche, wenn es darum geht, Arbeitsrechte zu etablieren bzw. einzufordern.

Humaira Aziz ist in Bangladesch für CAREs Women Empowerment Programme (gegen Gewalt an Frauen, Stärkung von Frauen, gerechte Arbeitsbedingungen) verantwortlich.

Ihre Tätigkeit begann vor vielen Jahren damit, dass sie Frauen und Mädchen unterstützte, die von Trafficking, sexuellem Missbrauch und Ausbeutung betroffen waren. Seither arbeitet sie mit und für die Frauen in Bangladesch: Sexarbeiterinnen, Arbeiterinnen in der Landwirtschaft, Textilindustrie, Mädchen in marginalisierten Gemeinschaften. Die beiden vergangenen Jahrzehnte verantwortete sie Entwicklungsprogramme zu

Frauenrechten und Kampagnen gegen Gewalt an Frauen. Sie ist aktives Mitglied der Frauenbewegung in Bangladesch. Humaira Aziz hat einen Master in Internationalen Beziehungen von der Universität Dhaka und einen Master der Universität Sussex in Großbritannien. Sie arbeitete in der Vergangenheit u.a. für ActionAid und Save the Children.

Kontakt / Interviewanfragen: Katharina Katzer, CARE Österreich, Mail: katharina.katzer@care.at, Tel. 01 / 715 0 715

Agrar- und Entwicklungspolitik im Widerspruch?

Podiumsdiskussion am 13.11. im Haus der EU, 18-20 Uhr

Welche Auswirkungen hat die Agrarpolitik Österreichs und der EU auf die ländliche Entwicklung in Entwicklungsländern wie Burkina Faso und welche Lehren können daraus gezogen werden? Sind beispielsweise die Rahmenbedingungen in Österreich und auf europäischer Ebene ausreichend, um unterschiedliche Interessen und Politikbereiche so aufeinander abzustimmen, dass sie entwicklungspolitischen Zielsetzungen gerecht werden? Diese und andere Fragen sollen im Rahmen der Podiumsdiskussion geklärt werden.

Es diskutieren:

- Rupert Lindner, Sektion II, BMLFUW
- Nobert Probst, DG DEVCO, Europäische Kommission
- Tobias Reichert, Germanwatch
- Erwin Schöpges, European Milk Board

- Annelies Vilim, AG Globale Verantwortung (Moderation)

Im Anschluss an die Diskussion laden wir zu einem kleinen Buffet.

Datum: Montag, 13.11.2017, 18.00 bis 20.00 Uhr

Ort: Haus der EU, Wipplingerstraße 35, 1010 Wien

Bitte um telefonische **Anmeldung** unter 0699/17 204 207-
Wolfgang Marks

Weitere Details unter: <http://bit.ly/2Aswvy8>

Interviewmöglichkeit – Bergbau zerstört Mensch und Umwelt in Bolivien

Der Projektpartner der Dreikönigsaktion, Marco Gandarillas aus Bolivien, ist zu Gast in Wien.

Am Freitag, den 20.10.2017 von 9.00-13.00 Uhr, steht er für Pressegespräche zur Verfügung.

Marco Gandarillas spricht spanisch, für Übersetzung ist gesorgt; Ort: Dreikönigsaktion, Wilhelminenstraße 91/2/f, 1160 Wien

Bitte um Terminvereinbarung.

Verschmutzung von Trink- und Grundwasser durch Bergbau-Unternehmen, Steuer- und Abgabenvermeidung durch illegale Gold-Exporte, Förderung von Bodenschätzen in Naturschutzgebieten, zweifelhafte Infrastrukturprojekte wie Straßenbauten durch indigene Territorien – Marco Gandarillas

prangert als Direktor der Partnerorganisation der Dreikönigsaktion CEDIB, dem Zentrum für Dokumentation und Information Bolivien (www.cedib.org), immer wieder das verantwortungslose Verhalten transnationaler Konzerne sowie politische Entscheidungen, um deren Interessen zu bedienen, an.

Am kommenden Montag, 23.10. werden in Genf die Verhandlungen für ein verbindliches UN-Abkommen zur Verantwortung von Konzernen in Genf fortgesetzt. Der UN-Prozess zur spezifischen menschenrechtlichen Verantwortung von (transnationalen) Konzernen wurde 2014 von Ecuador und Südafrika im UN-Menschenrechtsrat initiiert. Durch eine Resolution wurde eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein rechtsverbindliches Abkommen erarbeiten soll, um Menschenrechtsvergehen zu verhindern und Betroffenen im Schadenfall Zugang zu Rechtsmitteln zu verschaffen. Anfang Oktober wurden erste Elemente, die ein solches Abkommen beinhalten soll, zur Diskussion vorgelegt.

Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen und sozialen Bewegungen ist CEDIB in der [„Globalen Kampagne gegen Straflosigkeit von Unternehmen“](#) aktiv, die sich für ein möglichst wirkungsvolles Abkommen einsetzt.

Gemeinsam rufen die Organisationen derzeit mit einer [Online-Petition](#) die aktuelle und zukünftige österreichische Bunderegierung auf, sich aktiv und konstruktiv in den UN-Prozess für ein Konzern-Abkommen einzubringen:

Marco Gandarillas ist Soziologe, Sozialforscher und Direktor des Zentrums für Dokumentation und Information Bolivien (CEDIB). Ziel von CEDIB ist die Förderung von politischer Partizipation sowie sozialen und politischen Veränderungsprozessen durch Forschungs – und Informationsarbeit. Inhaltlich befasst sich CEDIB v.a. mit den Themen strategische Ressourcen, urbaner Raum und Förderung von Demokratie. www.cedib.org

Informationen zum UN-Prozess :
http://www.dka.at/fileadmin/dk/02_schwerpunkte/Kurzinfo_Treaty_Prozess_DKA_e_a_2017.pdf

Rückfragen: Christian Herret, Dreikönigsaktion – Hilfswerk der Katholischen Jungschar, +43 676 880 11 1071,
christian.herret@dka.at